

Polen-Forderungen im Abgeordnetenhaus

Sitzung vom 21. Januar.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Serat, v. Braklenbach, v. Eifenhardt-Rothe.

Abg. v. **Tramczynski** (Polen): Wir protestieren dagegen, daß auch der diesjährige Etat wieder Mittel anfordert „zum Schutze des Deutschtums“, die in Wahrheit der Bekämpfung des Polentums dienen. Das ist eine eigenartige Illustration zu den Verhandlungen in Vrest. Es war durchaus richtig, daß man in diesen Verhandlungen zunächst allgemeine Regeln festzulegen suchte, innerhalb deren man dann an die Lösung der praktischen Aufgaben heranzutreten konnte. Das nimmt vielleicht etwas mehr Zeit in Anspruch, aber für jeden denkenden Menschen ist nicht die Hauptfrage, ob dieser Krieg nun noch drei oder vier Monate länger dauert, sondern daß er nicht zu neuen Kriegen führt. Mit einem Machtfrieden darf dieser Krieg nicht enden, denn einem Machtfrieden würde das allgemeine Betrübnis folgen, und jeder zufällige oder absichtliche Funke würde das Pulverfaß zur Entzündung bringen. Wir stehen auf dem Boden des **Verständigungsfriedens**. Zunächst möchten die Vresther Verhandlungen einen verheißungsvollen Anfang und unterschieden sich wohlthuend von den Verhandlungen des Wiener Kongresses, bei dem die Völker wie Viehherden behandelt worden sind.

Aber die ersten Hoffnungen wurden durch das weitere Verhalten der Mittelmächte zu Schanden, die erklärten, daß sie zwar theoretisch das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Schutz der völkischen Minderheiten anerkennen, die aber diese Fragen nicht international lösen wollen. Dieser Standpunkt ist völlig falsch. Es gibt im Völkerrecht keine Bestimmungen, und es ist auch nicht ungeschehenes Recht, daß ein Staat sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen einmischen darf. Alle Kriege seit 1864 beweisen das Gegenteil. Zu einer innerstaatlichen Regelung gehört doch in erster Linie Vertrauen, und wo sollen wir das Vertrauen bei uns nehmen? (Sehr richtig! bei den Polen.) Sollen wir an die Unparteilichkeit eines Schiedsgerichts glauben, zu dem etwa Herr von Heydebrand oder Freiherr von Jedlich gehören? Wir würden nur zu einem internationalen Schiedsgericht Vertrauen haben können, und ein Staat, der ein gutes Gewissen hat, braucht vor einem solchen Gericht auch keine Angst zu haben. Das deutsche Volk sollte es sich zweimal überlegen, ehe es diesen Vorschlag ablehnt. Ein Friede, der diese Frage offen ließe, würde die bisher in Preußen geübten Praktiken auch in anderen Ländern erstehen lassen, und wir würden in Rußland einen Verein zum Schutze des Russentums, in Ungarn einen Verein zum Schutze des Magyarentums und ähnliche Gründungen in Brasilien und Argentinien erleben. Die Völker müssen aus diesem Kriege lernen, daß nicht die Macht, sondern das Recht an erster Stelle steht. (Sehr richtig! links.)

Der Redner bespricht eingehend die national-politischen Verhältnisse in Oesterreich, wo selbst in den national-gemischten Gegenden die Verhältnisse befriedigend gelöst seien, allerdings in gegenseitiger Verständigung, und nicht durch einseitige Festlegung. Wenn im Wahlreformausschuß gesagt wurde, man könne das gleiche Wahlrecht nicht einführen, weil die dann zu erwartende Mehrheit die bisherige Polenpolitik nicht mehr mitmachen würde, so war das die Sünde. Zunächst werden diese Prediger des nationalen Hasses auch in Zukunft die maßgebenden Herren in Deutschland sein, denn wahrscheinlich dürfte ihnen die Sabotage der Wahlrechtsvorlage gelingen! Die Staatsregierung hat sich damit genügt, zu sagen, daß Repressivmaßnahmen gegen die Polen abgeschafft werden sollen, aber der Schutz des Deutschtums bleibe weiter die Aufgabe des Staates. Mit diesen Worten hat man bisher alle anti-polnischen Maßnahmen gerechtfertigt, selbst die Entziehung der Muttersprache gegenüber den polnischen Kindern.

Bei allen Katastrophen, die seit einem Jahrhundert über das deutsche Volk hereingebrochen sind, war der polnische Nachbar die einzige, vor dem das deutsche Volk Ruhe gehabt hat. Auch je

nehmen wir zwar den Fehdehandschuh auf, den uns die Konservativen und Nationalliberalen hinwerfen, aber gerade in der Befürchtung, daß die Annahme der Wahlreform die Fortsetzung der bisherigen Polenpolitik unmöglich machen würde, sehen wir den sicheren Beweis, daß in dem nach Ansicht dieser Herren zu erwartenden Kampf die Mehrheit des deutschen Volkes nicht unser Gegner sein würde! (Beif. Beifall bei den Polen.)

Minister des Innern Dr. Drews:

Der Redner hat sich mit den Vrest-Litowsker Friedensverhandlungen beschäftigt und unseren Grundsatz getadelt, daß innere Angelegenheiten des einen Volkes ein anderes nichts angehen. An diesem Grundsatz halten wir fest. Ich glaube, daß durch die Beobachtung dieses Grundsatzes einig und allein die beste Sicherung gegen künftige Kriege aufzuheben werden kann. Der Redner hat eine Anzahl von Kriegen angeführt, die dadurch entstanden sind, daß ein Volk sich in die Verhältnisse eines anderen hineingemischt hat. Wir wollen das in Zukunft nicht haben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jedes Volk ein vollkommen selbständiger und mündiger Körper ist, und daß in seine inneren Verhältnisse kein anderer Mensch hineinzureden hat. (Beifall.) Der moderne Staat, wie wir ihn kennen, basiert auf der Idee der Selbständigkeit, der inneren Freiheit und Unabhängigkeit. Die Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, die wir im Prinzip ebenfalls aufgeben haben und weiter aufgeben, steht dem in keiner Weise entgegen. Da handelt es sich lediglich um Streitfälle zwischen dem einen Volk und Staat und dem anderen in konkreten Fällen — genau so gut, wie wenn zwei selbständige, mündige, unabhängige Persönlichkeiten um einen bestimmten Rechtsanspruch streiten und dann vor den Richter treten, der das entscheiden soll, so ist es mit dem Prinzip der Selbständigkeit und Unabhängigkeit zweier Staaten durchaus vereinbar, wenn diese beiden Staaten in Bezug auf einen bestimmten Fall sich dem von ihnen bestellten Schiedshof unterwerfen. Ganz anders aber ist es, wenn von einem Staat verlangt wird, daß er die Regelung seiner inneren Verhältnisse dem Spruch einer außerhalb stehenden Macht unterbreiten soll. Meinem Gefühl von Ehre und Würde eines Staates widerspricht es grundsätzlich, wenn man auch nur mit diesem Gedanken zu spielen wagt. (Sehr richtig!) Wenn wir ein Vasallenstaat sein wollten, der der Aufsicht und Bestimmung eines anderen unterliegt — ja, dann hätten wir den Krieg nicht zu führen brauchen, hätten die Millionen unserer Volksgenossen nicht bluten brauchen. (Sehr wahr!)

Das ist es ja, was unsere Feinde wollen: sie wollen uns knebeln, sie wollen nicht die freie und unabhängige Entwicklung, die uns zu hohen Zielen geführt hat, bestehen lassen. Lesen Sie doch, was Lloyd George und die anderen feindlichen Staatsmänner reden; sie wollen Preußen in seinem Innern umbrechen, sie wollen den Militarismus beseitigen, diese freie straffe Ordnung, diesen inneren Stolz, daß wir unsere eigenen Wege gehen wollen und auf Grund unserer eigenen Freiheit unseren Platz an der Sonne beanspruchen.

Für einen deutschen Mann ist der Gedanke unmöglich und unerträglich, daß uns irgendeine fremde Macht sollte vorschreiben können, was wir im Innern zu tun haben und was nicht. (Sehr richtig! rechts.)

Der Redner hat auf das Nationalitätenrecht in Oesterreich hingewiesen. Aber Preußen ist ein einheitlicher Staat und an diesem Grundsatz werden wir stets festhalten. (Beifall.) Die Gefahr eines Nationalitätenrechtes liegt vor

unser aller Augen. Wenn insbesondere auf tschechische Verhältnisse verwiesen wird, so warnen gerade die Ergebnisse dieses Krieges uns vor der Beschreitung dieses Weges. (Zustimmung.) Mit diesem Gedanken sollten wir nicht einmal spielen. Weiter hat man angeregt, die die Provinzen Polen und Westpreußen eine Art **Autonomie** einzuführen. Ich muß erklären, daß jeder Gedanke die Einheitlichkeit des preussischen Staates durch eine solche **Autonomie** zu vernichten, für uns vollkommen indiskutabel ist. (Beifall.)

Gegen polnische Postrennungsbestrebungen.

Die Aufrechterhaltung der Staatspositionen zum Schutze des Deutschtums hält sich völlig im Rahmen der den Polen gegebenen Zusagen. Wir haben im März den Polen eine mehr entgegenkommende Haltung versprochen, als wir sie bisher auf Grund des Verhaltens der Polen beobachten konnten. Wir wollen versuchen, von gewissen Repressalien gegen die Polen abzusehen, müssen aber nach wie vor unbedingt an der Aufrechterhaltung des Schutzes des Deutschtums festhalten. (Zustimmung rechts.) Auch weiterhin soll der deutsche Gewerbebestand, der deutsche Anständer und der deutsche Beamte durch Hingabe besonderer staatlicher Mittel unterstützt werden. (Hört, hört!) b. d. Polen.) Das steht in keiner Weise im Widerspruch zu dem Verzicht auf Repressalien. (Widerspruch b. d. Polen.) An unseren Zusagen können wir aber nur festhalten unter der Voraussetzung, daß die überwiegende Mehrzahl der polnischen Bevölkerung durch die Tat und durch ihr tatsächliches Verhalten beweist, daß sie jeden Gedanken einer Postrennung vom preussischen Staat abweist. Mit Staatsangehörigen, die mit diesem Gedanken weiter spielen, können wir nicht zusammenarbeiten. Erfreulicherweise haben sich bereits unter der polnischen Bevölkerung Stimmen in unserem Sinne eregt. Wägen diese Stimmen sich mehr. In der Hand der polnischen Bevölkerung selbst liegt es, welche Luft in Zukunft in der Ostmark wehen soll. Preußen ist ein einheitlicher Staat, ein deutsches Land, das ist der Wahlspruch, unter dem die Polenpolitik auch in Zukunft stehen wird. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. **Hoersch** (konf.): Die polnische Forderung, daß ein internationaler Gerichtshof über innerpreussische Dinge entscheidend mitreden soll, weisen wir zurück. Das entspricht auch der Auffassung Bismarcks.